

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP mit Einzelmitglied sowie von Herrn Aps (Junges Duisburg) und Herrn Broda (Die Linke) in der Bezirksvertretung Süd** öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Süd	10.03.2021	Entscheidung

---

**Betreff**

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP mit Einzelmitglied sowie von Herrn Aps (Junges Duisburg) und Herrn Broda (Die Linke) in der Bezirksvertretung Süd; hier: Kein weiterer Kiesabbau im Duisburger Süden**

---

**Inhalt**

**Die Bezirksvertretung möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Ausweisung von weiteren Flächen im Duisburger Süden, insbesondere im Mündelheimer Rheinbogen, für den Kiesabbau zu verhindern und alle rechtlichen Mittel diesbezüglich zu prüfen und auszuschöpfen.

**Begründung:**

Die Endlichkeit der Flächen für Kiesgewinnung ist seit Jahren bekannt. Die Landschaftsveränderungen in den Abbaugebieten sind immens. Auch die Reinigungswirkung von Kies und Sand bei der Versickerung der Oberflächenwässer darf nicht vernachlässigt werden.

Aktuelle Pläne der Kiesindustrie, Abbaufächen im Mündelheimer Rheinbogen einzufordern, stoßen auf breite Ablehnung in der Bevölkerung. Die Fläche ist Teil von Landschaftsschutzgebieten und das Rheinvorland dient u.a. der Naherholung. In einer Großstadt wie Duisburg sind naturbelassene Flächen enorm bedeutsam für das Mikroklima. Da ein vollständiger Transport des Kieses über den Rhein zumindest fraglich erscheint, wäre zudem eine Steigerung des Schwerlastverkehrs in den betroffenen Stadtteilen zu befürchten.

Bereits in der Vergangenheit hat die Duisburger Politik öffentlich und parteiübergreifend ihre Ablehnung gegen weiteren Kiesabbau zum Ausdruck gebracht. Dies scheint die Kiesindustrie nicht davon abzuhalten, an ihren Plänen festzuhalten. Aktuelle Testbohrungen und Aussagen gegenüber den örtlichen Medien lassen darauf schließen, dass weiterhin ein

Kiesabbau im Mündelheimer Rheinbogen geplant ist. Die Bezirksvertretung Süd bekräftigt daher ihre ablehnende Haltung und bittet Oberbürgermeister Sören Link, alle rechtlichen Mittel zur Verhinderung des Kiesabbaus auszuschöpfen.